

PINNEBERG aktuell

Newsletter der CDU-Fraktion im Pinneberger Kreistag

Ausgabe 5/Jahrgang 2015

www.cdu-kreistag-pinneberg.de

EDITORIAL

Liebe Parteifreunde!

Keiner von uns ist unfehlbar oder das Maß aller Dinge!

Für mein Editorial in diesem Monat habe ich ganz bewusst ein Thema gewählt, das eigentlich in den Landtag gehört. Aber auch uns als Entscheidungsträger auf der kommunalen Ebene betrifft es, genauso wie es mich als überzeugte Christin berührt.

Im Herbst 2014 hat der schleswig-holsteinische Landtag darüber diskutiert, ob Gott in die Landesverfassung aufgenommen werden soll. Im Parlament in Kiel gab es keine Mehrheit. Viele Menschen waren anschließend, unabhängig von ihrer Herkunft und Religion, tief betroffen. Jetzt gerät der Landtag mächtig unter Druck. Nachdem eine Volksinitiative von Protestanten, Katholiken, Muslimen und Juden mehr als 25.000 Unterschriften gesammelt hat, ist damit die Grundlage geschaffen, dass sich der Landtag erneut mit der Aufnahme eines Gottesbezuges in die Präambel der Landesverfassung befassen muss.

Die Argumente der Gegner im Parlament, die mit Ausnahme der CDU in allen Fraktionen sitzen, sind so vielfältig wie absurd – bis hin zu der Auffassung, Menschen, die nicht gläubig seien, würden durch einen Gottesbezug in der Verfassung ausgegrenzt. Dabei verkennen sie, dass selbst im Grundgesetz seit 1949 der Gottesbezug verankert ist („...in Verantwortung vor Gott und den Menschen“).

Unser Ministerpräsident a.D., Peter Harry Carstensen, Kopf der Volksinitiative, hat kein Verständnis dafür, dass im schleswig-holsteinischen Landtag Abgeordnete sitzen, die meinen, dass das Grundgesetz nicht für sie gelte. Er erinnerte daran, dass selbst in den Freiwilligen Feuerwehren der Leitspruch gilt: „Gott zur Ehr, dem Nächsten zur Wehr!“ Erstmals zeigen sich jetzt aber auch Politiker diskussionsbereit, die im Herbst bei der Verfassungsreform einen Gottesbezug noch verhindert hatten. Das Ziel der Volksinitiative ist es, eine breite Diskussion darüber anzustoßen, welche Bedeutung Gott und das Engagement gläubiger Menschen, die Institutionen und Angebote der Religionsgemeinschaften in unserem Land haben – auch für diejenigen, die nicht gläubig sind. Es soll deutlich werden, dass der Gottesbezug in der Verfassung gerade in Zeiten der Ausgrenzung bestimmter religiöser Gruppen ein wichtiges Zeichen ist: Für Toleranz, für Vielfalt und für klare Werte, die nicht vom Zeitgeist bestimmt werden. Mich persönlich erinnert er daran, dass wir alle, auch die wir Verantwortung in den Kreisen, Städten und Gemeinden tragen, irren können, nicht unfehlbar und nicht das Maß aller Dinge sind. Mir ist klar, dass wir eine besondere Verantwortung haben, nicht nur vor unserer Partei oder unseren Wählern, den Mitbürgerinnen und Mitbürgern, sondern auch vor einer höheren Macht. Christliche Werte, wie Demut, aber auch Respekt vor dem Anderen, die sowohl in der Bibel, als auch im Koran und in der Tora verankert sind, sollten unser politisches Handeln begleiten.

Genau diese Wertschätzung, auch politisch Andersdenkender, fehlt nur zu oft nicht nur in den Parlamenten, sondern auch ganz sicher bei uns im Kreistag und in vielen Stadt- und Gemeindevertretungen.

Darüber einmal nachzudenken, bevor es nach der Sommerpause wieder an die politische Arbeit geht, möchte ich Sie alle herzlich aufrufen!

Ihre Heike Beukelmann

Fraktionsvorsitzende der CDU-Kreistagsfraktion



Schöne Ferien!

Wir wünschen Ihnen schöne Ferien!

Jetzt beginnt die Zeit, sich vom täglichen Stress einmal erholen zu können. Lassen Sie die Seele baumeln und genießen Sie die warmen Sonnenstrahlen. Falls Sie nicht verreisen, unternehmen Sie doch etwas in unserem schönen Kreis Pinneberg. Eine Radtour in die Marsch, ein Besuch des Beach Clubs in Pinneberg oder Wedel - mit garantierbarem Karibik-Flair - oder ein Besuch zur Lotusblüte im Aboretum lohnen immer. Der Kreis bietet uns viele Freizeitmöglichkeiten. Und die Nord- oder Ostsee sind ja auch nicht weit entfernt. Die CDU-Kreistagsfraktion geht ab dem 10. Juli in ihre wohlverdiente Politiksommerpause.

Auf bald und eine schöne Zeit!

KS

In eigener Sache:

Folgen Sie uns gern auf Facebook. Mit einem Klick auf „Gefällt mir“ auf unserer Seite erhalten Sie immer die neuesten Meldungen.

Sie finden uns unter der Web-Adresse:

<https://www.facebook.com/dukreistagpinneberg.de>

Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

KS

Termine:

20. Juli bis 29. August 2015
Sommerferien

16. September 2015
18.00 Uhr Kreistagssitzung
in Pinneberg, Rathaus

Gegen junge Familien und Tagesmütter - SPD und Grüne setzen Zeichen

Öffentlichkeitswirksam sprach sich der SPD Bundestagsabgeordnete Ernst-Dieter Rossman im Zusammenhang mit dem Kita-Streik für eine bessere, auch finanzielle Anerkennung der Erziehungs- und Pflegeberufe aus.

Im Kreistag nun fährt die SPD, gestützt von den Grünen, einen ganz anderen Kurs: dort schob man gegen die Stimmen der CDU eine Reform der Kindertagespflege, samt Verbesserungen für junge Familien und besserer Bezahlung der Tagesmütter aufs Abstellgleis.

Noch im Jugendhilfeausschuss forderte der jugendpolitische Sprecher der CDU-Kreistagsfraktion, Philipp Lohse, Rot-Grün auf, die Geisterfahrt des Kreises Pinneberg bei der Benachteiligung der Tagespflege gegenüber der Krippenbetreuung zu beenden. Im Kreis Pinneberg zahlen Eltern erheblich mehr für die Betreuung ihres unter dreijährigen Kindes bei einer Tagesmutter gegenüber der Krippenbetreuung, obwohl die realen Kosten eines Tagespflegeplatzes deutlich unter denen eines staatlich subventionierten Krippenplatzes liegen. In keinem anderen Kreis besteht eine Benachteiligung in dieser Form.

Mit Beginn des Kindergartenjahres 2014/15 wurde die Betreuung Unterdreijähriger durch Tagesmütter im Kreis Pinneberg durch eine neue Satzung geregelt. Anders als in Nachbarkreisen enthält diese Satzung jedoch eine Vielzahl von Einschränkungen und Fallstricken.

Eltern haben hiernach nur dann einen Anspruch auf einen geförderten Platz bei einer Tagesmutter, wenn sie nachweisen können, dass sie bei keiner KiTa im Umkreis des Wohnortes einen Krippenplatz erhalten konnten. Ansonsten müssen Sie für den Platz bei der Tagesmutter einen wesentlich höheren Betrag zahlen, als für einen Krippenplatz.

"Dies steht im krassen Widerspruch zum bundesgesetzlich garantierten Wunsch- und Wahlrecht der Eltern hinsichtlich der gewünschten Betreuungsform", moniert Lohse. Der Kreis spare so derzeit jährlich, rechtlich fragwürdig, viele hunderttausend Euro auf Kosten der Eltern. Seit dem Jahr 2014 werde der Kreis Pinneberg wegen dieser Regelung vor dem Verwaltungsgericht Schleswig verklagt.

Die CDU stellte darum vor diesem Hintergrund im Juni Anträge im Jugendhilfeausschuss und im Kreistag, die die Situation grundlegend än-

dern sollten. Eltern sollten danach in Zukunft für einen Platz bei einer Tagesmutter genau das bezahlen, was sie für einen vergleichbaren Krippenplatz aufzubringen hätten.

Tagesmütter sollten zudem besser entlohnt werden. Der seit 2010 unveränderte Stundensatz von 4,00 Euro brutto pro Kind, der sogar Sachkosten einschließt, soll nach dem Willen der CDU von der Verwaltung neu berechnet und erhöht werden. Darüber hinaus sollen nach Ansicht der CDU Regelungen entwickelt werden, die unter anderem der Betreuung von

Kleinkindern mit Behinderungen Rechnung tragen und Vorkehrungen für die besonderen Pflegebedarfe treffen.

Zudem fordert die CDU, den Zustand zu beenden, dass Tagespflegepersonen im Krankheitsfall keinerlei Entgelt erhalten und ganz auf sich allein



Philipp Lohse

gestellt seien. „Wir wollen den Stundensatz der Tagespflegepersonen erhöhen, damit sie eigenverantwortlich Vorsorge für krankheitsbedingten Erwerbsausfall treffen können und nicht vor den Konflikt gestellt werden, krank oder erkältet, Kleinkinder zu betreuen, um finanziell über die Runden zu kommen“, so Lohse.

Andere Kreise seien in diesem Bereich schon viel weiter. Im Kreis Pinneberg vermitteln SPD und Grüne den Tagesmüttern unverhohlen, nur zweitklassige, eigentlich unerwünschte Betreuung zu leisten. Dies vor dem Hintergrund, dass viele Eltern Tagespflege als Betreuungsform für ihr Baby oder Kleinkind wünschen und die kommunale Familie hohe finanzielle Vorteile aus dieser Betreuungsform hätte, da sie den Kommunen Luft verschaffe, die U3-Betreuung in Kitas nach Maß und finanzieller Leistungsfähigkeit auszubauen.

„Die CDU sieht dringenden Reformbedarf und erinnert die SPD an ihre soziale Verantwortung für heranwachsende Kinder und ihre Betreuungspersonen“, sagt Lohse. Reine Lippenbekenntnisse nützten niemandem - darum müsse endlich gehandelt werden. Die Reform der Tagespflege ein weiteres Jahr aufzuschieben, sei für die CDU nicht nachvollziehbar und diene einer wissentlich-willentlichen Schlechterstellung dieser Betreuungsformen mit dem Ziel, die Betreuung in Kinderkrippen als ideologisch einzig gewollte Betreuungsform durchzusetzen.

KS

Abgeordnetenwort...

Christian Saborowski



Christian Saborowski

Die Rot-Gelb-Grüne Ampel im Kreistag lehnt den konstruktiven und ergebnisorientierten Vorschlag der CDU-Kreistagsfraktion ab. Dabei geht es um das Thema: "Hilfe für Kinder psychisch kranker Eltern". Eine freiwillige Leistung, für die jährlich ca. 80.000 Euro

zusätzlich bereitgestellt werden müssen.

Die Erfahrungen bestehender Betreuungsgruppen für Kinder, von denen ein Elternteil suchtkrank ist und die von Suchtberatungsstellen angeboten werden, haben die Verwaltung veranlasst, ein vergleichbares Konzept für Kinder von psychisch kranken Eltern vorzulegen.

Die fachliche Beratung fand in diesem Fall von Dienstleistern statt, die ihre Leistungen im Bereich „ambulante Beratung von psychisch Kranken“ anbieten.

Unsere im Fachausschuss immer wieder gestellten Fragen, ob eine Erweiterung der bestehenden Einrichtung der Suchtberatungsstellen auf die Betreuung von Kindern der angeordneten Zielgruppe möglich ist und ob nicht auch weitere Zielgruppen (z. B. an MS Erkrankte, schwer an Krebs Erkrankte, hochgradig Behinderte u.a.) in die Betreuung einbezogen werden können, wurden unzureichend und ausweichend beantwortet.

Unseren zu diesem Thema in der Fraktion beschlossene Antrag von mir im letzten Kreistag vorgestellt und begründet. Wie bereits vorher im Fachausschuss, hat die Ampel auch dieses Mal dagegen gestimmt. Aber beurteilen Sie den CDU Antrag einmal gern selbst – er lautet wie folgt.

Der Kreistag möge beschließen:

Statt eines Gruppenangebotes exklusiv für Kinder psychisch kranker Eltern entwickelt die im Rahmen der Sozialplanung zuständige Fokusgruppe, unter Beteiligung aller relevanten Akteure, ein Gruppenangebot, das allen Kindern eröffnet wird, deren familiäre Situation zu den im Konzept beschriebenen Problemstellungen führen kann.

Die Verwaltung überprüft in Zusammenarbeit mit dem Träger, ob und welche Möglichkeiten bestehen, das Gruppenangebot für Kinder aus suchtkranken Familien in einer Übergangszeit auch für Kinder mit fachlich vergleichbaren Problemstellungen zu öffnen.

Soweit hierdurch Mehrkosten entstehen bzw. mit dem Träger ausgehandelt werden, sind diese soweit möglich aus den zur Verfügung stehenden Landesmitteln zu decken.

Begründung:

Das Hilfsangebot könnte zukünftig nicht nur Kindern psychisch kranker Eltern und Kindern aus suchtkranken Familien eine Anlaufstelle bieten, sondern für alle Kinder mit ähnlichen Problemstellungen. Vorstellbar ist dies etwa für Fälle langfristig bzw. chronisch erkrankter Eltern oder Situationen, in denen Geschwisterkinder aufgrund schwerer Erkrankungen für einen längeren Zeitraum Hauptaufmerksamkeit, Fürsorge und Pflege der Eltern binden.

Eine „Zerfaserung“ der Hilfeleistungen bei (ausweislich der fachlichen Stellungnahme in der Beschlussvorlage) weitgehend vergleichbaren Problemlagen und Hilfeansätzen ist auch vor dem Hintergrund der Inklusion nicht wünschenswert und kann nicht im Interesse der Selbstverwaltung sein.

Ein guter Zugang betroffener Kinder zum Angebot kann auch durch Öffentlichkeitsarbeit, einen gelungen „Kick-Off“ und gezielte Ansprache von Multiplikatoren gesichert werden.

Die von SPD, Grünen und FDP vorgetragenen Argumente im Kreistag konnten nicht überzeugen. Am Ende hat die Mehrheit einen Beschluss gefasst, der denen am meisten nutzt, die bereits ihre Dienstleistungen im Bereich der ambulanten Betreuung von psychisch Kranken professionell anbieten und damit ihr Geld verdienen.

Im Jahr 2014 wurden für die Betreuung von 85 Kindern suchtkranker Eltern 85.500 Euro vom Kreis bereitgestellt, um diese dann von fünf Beratungsstellen betreuen zu lassen.

Ein vergleichbares Konzept ist jetzt für vier Bereiche für die ambulante Betreuung psychisch Kranker vorgesehen.

Ihr Christian Saborowski

CDU-Kreistagsabgeordneter und
sozialpolitischer Sprecher der CDU-
Kreistagsfraktion

Abgeordnetenwort...

Britta von Appen

Haushaltskonsolidierung im Spannungsfeld der Kreisumlage



Britta von Appen

Im Dezember 2012 hatte der Kreistag der Teilnahme des Kreises Pinnebergs am Konsolidierungsprogramm des Landes (dem sogenannten Rettungsschirm) zugestimmt. Hiermit verbunden war ein vom Kreis geschnürtes Konsolidierungspaket für die Jahre 2013 bis 2015, die Voraus-

setzung dafür waren, Konsolidierungshilfe vom Land zu erhalten.

Heute, gut zweieinhalb Jahre später, steht die zweite Runde der Konsolidierung an. Der in 2012 geschlossene Vertrag sah für die gesamte Laufzeit, bis 2019, einen Konsolidierungsbeitrag von 3,5 Millionen Euro vor. Zu erbringen in zwei Konsolidierungszeiträumen. Im ersten Zeitraum von 2013 bis 2015 konnte der Kreis Pinneberg bereits einen Konsolidierungsbeitrag und damit Einsparungen von 2,8 Millionen Euro erzielen.

Für den zweiten Konsolidierungszeitraum, von 2016 bis 2019, muss nunmehr noch ein Beitrag von 0,7 Millionen Euro erbracht werden und ein Ergänzungsvertrag mit Land vereinbart werden. Dieses konnten wir in der letzten Kreistagssitzung gemeinschaftlich mit SPD, Grünen und FDP auf den Weg bringen. Uneinigkeit herrschte allerdings beim Thema Kreisumlage.

Die finanzielle Lage des Kreises hat sich in den letzten Jahren stetig verbessert. Die Jahresergebnisse 2012 bis 2014 weisen zum Teil deutliche Überschüsse aus. Bereits 2014 konnte der kumulierte Fehlbetrag, der mit dem Jahresabschluss 2011 noch 22,9 Millionen Euro betrug, abgebaut werden. Dies führt unter anderem auch dazu, dass der Kreis Pinneberg trotz seiner Konsolidierungsbemühungen keine Konsolidierungshilfen, also keine finanzielle Entlohnung für seine Einsparungen erhält. Der Konsolidierungsvertrag sieht allerdings noch etwas vor: Die Festlegung der Kreisumlage auf 39 % bis zum Ende des Konsolidierungszeitraums im Jahre 2019. Dieses ist für uns als CDU-Kreistagsfraktion vor dem Hintergrund der

beschriebenen finanziellen Lage nicht akzeptabel. Der Kreis Pinneberg hat sein Soll für die Konsolidierung erbracht und wir werden nun alles daran setzen, den eingeschlagenen Weg weiter zu gehen. Dieses soll aber nicht auf dem Rücken der Kommunen ausgetragen werden.

In Zeiten knapper Kassen vieler Kommunen, die durch immer neue Aufgaben belastet werden, ist es an der Zeit, eine Senkung der Kreisumlage als echte Entlastung der Kommunen anzustreben. Wir haben daher den Landrat aufgefordert, in den Verhandlungen über den oben beschriebenen Ergänzungsvertrag, eine Aufhebung der Festschreibung der Kreisumlage zu erreichen.

Interessant war hier das Verhalten der SPD und Grünen. Von "Verantwortungslosigkeit" war die Rede und Sätze wie: „Sie wollen Ihren Bürgermeistern Geschenke machen“. Das sind Aussagen, die fassungslos machen. 2009, als die Haushaltsentwürfe Rekorddefizite aufwiesen, mussten wir die Auflagen des Innenministerium erfüllen und eine Erhöhung der Kreisumlage umsetzen.

Heute, sechs Jahre später, wo die Ergebnisse der letzten Jahre vorliegen und diese wesentlich positiver sind, als die Plandaten, will die SPD sich vor ihrer Verantwortung drücken und weiterhin das Geld mit vollen Händen ausgeben.

Ihre

Britta von Appen

CDU-Kreistagsabgeordnete und
finanzpolitische Sprecherin der CDU-
Kreistagsfraktion

IMPRESSUM

Herausgeber:

Der Vorstand der CDU-Fraktion im Pinneberger
Kreistag

Redaktion und Produktion:

Kerstin Seyfert

Redaktionsadresse:

CDU-Kreisgeschäftsstelle

Lindenstrasse 19

25421 Pinneberg

Tel.: 04101 / 22927

Fax: 04101 / 591761

Email: newsletter@cdu-kreistag-pinneberg.de

www.cdu-kreistag-pinneberg.de

Fotos: CDU, Kerstin Seyfert